

## Presse-Information

### Bundesregierung ignoriert Ausbeutung

#### Jahrestag: Netzwerk fordert Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien beim öffentlichen Einkauf

**Berlin / Münster, 21. April 2011.** Menschenwürdige Arbeitsbedingungen bei der Herstellung von Reinigungskitteln für das Land Bremen, faire Öko-T-Shirts für die Dortmunder Kantinenmitarbeiter – statt aktiv Maßnahmen zu ergreifen, die es der öffentlichen Hand erlauben, den eigenen Einkauf auf ökologisch und sozial umzustellen, geschieht bei der Bundesregierung seit über zwei Jahren nichts. Die Folgen: Arbeitsrechtsverletzungen in den so genannten Entwicklungsländern und unnötige Umweltbelastungen weltweit...

Anlässlich des zweiten Jahrestages der Vergaberechtsreform am 24. April 2011, mit der die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien beim Einkauf der öffentlichen Hand rechtlich ermöglicht wurde, kritisieren Gewerkschaften, Menschenrechts- und Umweltorganisationen den Bund. Rund 400 Milliarden Euro würden Bund, Länder und Gemeinden in Deutschland für ihren Einkauf ausgeben. „Statt diese enorme Einkaufsmacht zu nutzen und gezielt solche Produkte einzukaufen, die unter fairen und ökologischen Bedingungen hergestellt werden, tut die Bundesregierung in dieser Hinsicht seit Jahren nichts“, kritisiert Volkmar Lübke vom CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, einem bundesweiten Zusammenschluss von über 40 Verbänden, Organisationen und Gewerkschaften. Dabei könnte durch die Nachfragemacht der öffentlichen Hand effektiv Klima- und Arbeitnehmerschutz betrieben – und zugleich auf die Einhaltung von Menschenrechten in den Fabriken der „Billiglohnländer“ gedrängt werden.

Inzwischen haben in der Bundesrepublik über 250 Kommunen, alle Stadtstaaten sowie das Saarland Vergabegesetze und -richtlinien verabschiedet, die die Einhaltung internationaler Arbeits- und Sozialstandards vorsehen. Statt diese positiven Ansätze zu fördern, lässt der Bund die Länder und Kommunen alleine. Auch der bundeseigene Einkauf ist kritikwürdig. So können weder die Ministerien noch das Kanzleramt selbst Aussagen darüber treffen, ob und wie viele der beschafften Güter überhaupt unter Einhaltung internationaler Sozial- und Umweltstandards hergestellt werden – oder eben nicht.

Menschenrechts- und Umweltorganisationen weisen seit Jahren darauf hin, dass z.B. bei der Herstellung von Arbeitskleidung für Polizei, Müllabfuhr und Bundeswehr oder der IT-Branche grundlegende Arbeits- und Menschenrechte sowie ökologische Standards verletzt werden. „Bis heute übernehmen nur wenige Unternehmen Verantwortung und überprüfen mittels unabhängiger Initiativen die Einhaltung grundlegender Arbeitsrechte bei ihren Zulieferern. Und dies, obwohl uns Partnerorganisationen aus dem globalen Süden immer wieder von unmenschlichen Bedingungen in den Fabriken berichten“, so Johanna Fincke von der Christlichen Initiative Romero (CIR). Die Schaffung einer zentralen Servicestelle für Beschaffer mit Internet-Portal, Datenbank und Musterausschreibungen, ein zeitlich befristeter Maßnahmenplan und die Vorgabe klarer Ziele für den eigenen Einkauf seien Voraussetzungen für eine systematische Umstellung von billig und unfair auf sozial und ökologisch. Der Bund solle endlich Verantwortung übernehmen und verbindliche Vorgaben formulieren – auch im Sinne der öko-sozialen Beschaffung auf kommunaler und Länderebene.

Bei Rückfragen zu dieser Presse-Information wenden Sie sich bitte an:

Johanna Fincke, Christliche Initiative Romero, Telefon 02 51 / 8 95 03, mobil 01 60 / 97 68 95 03  
Volkmar Lübke, CorA – Netzwerk für Unternehmensverantwortung, mobil 01 72 / 5 40 05 82

André Hagel  
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
**Christliche Initiative Romero (CIR)**  
Breul 23  
D - 48143 Münster

Deutschland / Alemania  
Fon ++49 - (0)2 51 - 8 95 03  
Fax ++49 - (0)2 51 - 8 25 41  
E-Mail [hagel@ci-romero.de](mailto:hagel@ci-romero.de)  
Internet [www.ci-romero.de](http://www.ci-romero.de)